

Avanti

2

Theoriebeilage:

FASCHISMUS

Salvini und die neue Rechte

GESUNDHEITSSCHUTZ

Kein Thema in der neuen Arbeitswelt?

ISO Rhein-Neckar



Internationale Klimastreikdemo in Aachen, 21. Juni 2019.

Foto: Avanti?

Wer ist der Grünste im ganzen Land? Kapitalismus grünwaschen oder bekämpfen?

E. B.

Die Bewegung „Fridays for Future“ hat frischen Wind in die Klimadebatte gebracht. Die herrschende Klasse ist mitsamt der ihr dienenden Kaste der BerufspolitikerInnen aufgeschreckt worden. Die Umfragewerte für die Grünen tun ein Übriges. Mittlerweile ist ein heftiger Wettbewerb im Land des Exportweltmeisters entbrannt. Frei nach dem Motto: Wer ist der/die Grünste im ganzen Land. Sogar Kanzlerin Merkel (CDU) schwärmt nun von Greta Thunberg.

Nur die blauen Braunen von der „AfD bleiben kruppstählern bei der Leugnung des Klimawandels, denn die Erde ist ja eine Scheibe ...

Dabei ist ja alles schon längst recht klar. Bereits im Jahr 1956 hat das *Time Magazine* auf Warnungen des US-Klimaforschers Roger Revelle aufmerksam gemacht. Anhaltende CO₂-Emissionen, so Revelle, könnten etwa 50 Jahre später massive Auswirkungen auf das Klima haben. Das Abschmelzen der grönländischen und antarktischen Eisschilde als Ergebnis der verstärkten globalen Erwärmung würden eine Katastrophe zur Folge haben – nämlich den globalen Anstieg der

Meeresspiegel.

Seitdem haben unzählige wissenschaftliche Forschungen nicht nur das drohende Szenario einer verheerenden Klimakatastrophe bestätigt, sondern auch die Frage nach ihrer Vermeidung gestellt.

Passiert ist jedoch wenig. Schließlich ist es im vorherrschenden Wahn des fundamentalistischen Marktglaubens ein Tabu, die Logik der kapitalistischen Profitmaximierung in Frage zu stellen.

Genau das aber ist erforderlich. Lauter und konsequenter denn je und nicht nur am 20. September, dem internationalen Klimastreiktag!

Ohne die Überwindung des konzerngesteuerten Kapitalismus und seine Ersetzung durch ein demokratisch geplantes, ein sozial und ökologisch ausgerichtetes Wirtschaftssystem wird das nicht gelingen.

Dazu braucht es nicht nur eine starke weltweite außerparlamentarische Bewegung, sondern ein antikapitalistisches Programm, eine mobilisierende Strategie und eine wirksame, organisierte Gegenmacht der großen Mehrheit. Die Zeit läuft. ■

| INHALT | EDITORIAL | INHALT |
|---|---|---|
| TITEL | | KULTUR |
| 01 KLIMASTREIK Wer ist der Grünste im ganzen Land? | <p><i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> im September steht nicht nur der Herbst vor der Tür, sondern auch der fünfte Jahrestag des Erscheinens von <i>Avanti</i>². Das ist schon ein Grund, um ganz bescheiden zu feiern und diesem kleinen Ereignis unsere Rückblende auf Seite 12 zu widmen.</p> <p>Ansonsten gehen uns die Themen nicht aus. Unsere Artikel sind unter anderem dem Grünfärben der prokapitalistischen Politik, dem Elektroauto als vermeintlichem Klimaretter, der anhaltenden Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften, der Notwendigkeit organisierter Betriebsarbeit und dem fehlenden Denkmalschutz für den monumentalen BBC-Torbau gewidmet.</p> <p>In unserer Theoriebeilage befassen wir uns mit dem Faschismus im Allgemeinen und Salvini, seinem derzeit bekanntesten italienischen Vertreter, im Besonderen. Zudem fragen wir nach der Bedeutung des Gesundheitsschutzes in der neuen Arbeitswelt.</p> <p>Diesen bunten Strauß an Inhalten schmücken wir natürlich mit viel leuchtendem Rot, um endgültig Euer Interesse zu wecken.</p> <p>Wir wünschen Euch eine spannende Lektüre! <i>Eure Redaktion</i></p> | 09 BBC-TORBAU Monument ohne Denkmalschutz |
| EDITORIAL/INHALT/WOHNUNGSNOT | | 10 FEST DER SOLIDARITÄT Neuaufgabe gelungen? |
| 02 MANNHEIM Mietsteigerungen bei kommunalen Wohnungen | | POLITISCHE BILDUNG |
| BETRIEB UND GEWERKSCHAFT | | 10 HERBST-SEMINAR Solidarität statt Ausbeutung |
| 03 KONFERENZ „BR IM VISIER“ Was tun? | | 11 KAPITALISMUS-SEMINAR Keine Alternativen? |
| 04 BR-MOBING BEI HYUNDAI Legal, illegal, ...egal | | RÜCKBLLENDE/TERMINE |
| 05 POLITISCHE BETRIEBSARBEIT Worauf achten? | | 12 VOR FÜNF JAHREN Erste Ausgabe von <i>Avanti</i> ² |
| 07 KAUFHOF Tarifvertrag als Verhandlungsmasse | | 12 TERMINE |
| KLIMAKATASTROPHE | | THEORIEBEILAGE |
| 08 ELEKTROMOBILITÄT E-Autos als Klimaretter? | | 01 FASCHISMUS Salvini als Retter? |
| | 04 GESUNDHEITSSCHUTZ Ein Thema in der neuen Arbeitswelt | |

Dokumentation der Pressemitteilung des OST (Offenen Stadtteiltreffens) Mannheim- Neckarstadt, 16.07.2019.

**Mieterhöhungen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GBG unverantwortlich!
Sie verhöhn die Versprechen der Parteien vor der Kommunalwahl, sich für
„bezahlbares Wohnen“ einzusetzen!**

Die GBG hat in den letzten Wochen eine Vielzahl von MieterInnen mit recht drastischen Mieterhöhungen brüskiert: Mit ca. 8,5 % höheren Mieten sendet sie zudem das falsche Signal aus. VermieterInnen werden verstärkt dem Beispiel der GBG, die zu 100 Prozent im Besitz der Stadt ist, folgen. Damit dreht die GBG mit an der Preisspirale auf dem Wohnungsmarkt, was gerade für den Wohnraum von Menschen mit geringem/durchschnittlichen Einkommen negative Auswirkungen hat – der Slogan „Bezahlbaren Wohnraum schaffen“ scheint für Politik (und GBG) nur ein Wahlkampfmanöver für die Kommunalwahl gewesen zu sein, denn...

... Jetzt mussten wir im brandneuen Geschäftsbericht der GBG lesen, dass der Geschäftsführer der GBG, Herr Frings, „den aktuellen Mietspiegel 2018 mit gutem Mietanpassungspotential (zum Anlass nehmen will), steigende Umsätze zu generieren.“

Die GBG erhöhte die Miete um 30,20 Euro bei einer 50 qm Wohnung. Die GBG hat 18.000 Mietwohnungen. Gesetzt den Fall, es wären alles nur 50 qm Wohnungen, würde sie durch die Mieterhöhung 540.000 € im Monat mehr einnehmen. Im Jahr sind das 6,48 Millionen Mehreinnahmen. Auffällig ist, dass wir darüber nichts im Mannheimer Morgen lasen: dort wird die GBG nur mit ihrem „netten“ Gesicht gezeigt, wen sie fördert, um was sie sich „kümmert“... -

Unsere Forderung „Keine Profite mit der Miete“ muss auch für die GBG gelten!

Angesichts stark steigender Mieten in Mannheim (allein von 2016 bis 2018 laut Mietspiegel 9,2 % Steigerung) und unzählbarer Mieten auf dem Angebotsmarkt fordern wir die Stadt Mannheim (den Gemeinderat und die Mitglieder des Aufsichtsrates der GBG) auf, ein Moratorium, d.h. einen Mietpreisstopp, der GBG-Mieten für die nächsten 5 Jahre zu erwirken. Von der Landesregierung Baden-Württemberg fordern wir die sofortige Einführung eines Mietendeckels, damit die Mieten in BaWü in den nächsten 5 Jahre nicht steigen können. Die GBG sollte in Mannheim mit gutem Beispiel voran gehen, denn Mieterhöhungen der GBG setzen auch den Mietspiegel weiter unter Druck. Oder bedeutet die Gemeinnützigkeit im Namen etwa: „Wer gemein ist, kann nicht nützlich sein?!“

Unsere Forderungen:

Moratorium der GBG-Mieten für die nächsten 5 Jahre!
In dieser Zeit alles dafür zu tun, die Mietpreise darüber hinaus stabil zu halten!

Keine Profite mit der Miete!

Offenes Stadtteiltreffen Neckarstadt – jeden 2. Freitag im Monat, 19 Uhr im Bürgerhaus Neckarstadt. ■

„Betriebsräte im Visier“

6. bundesweite Konferenz am 19. Oktober 2019 in Mannheim

H. S.

Am Samstag, den 19. Oktober 2019, findet bereits zum sechsten Mal im Mannheimer Gewerkschaftshaus die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. Die Tagung will nicht nur gegen „Bossing, Mobbing & Co.“ ein deutliches Zeichen setzen, sondern auch die erforderliche „Gegenmacht stärken“.

Auf der letzten Zusammenkunft am 13. Oktober 2018 haben die teilnehmenden KollegInnen in einer Entschließung festgestellt:

„Mit Verdachtskündigungen, mit Bespitzelung, Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes sowie der Installierung willfähriger Betriebsräte wird immer häufiger in zahlreichen Unternehmen und Institutionen gegen engagierte Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen vorgegangen. [...]

Das sind direkte Angriffe auf demokratisch gewählte Interessenvertretungen von Beschäftigten. Es sind mittelbar aber auch Angriffe gegen gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz und gegen tarifvertragliche Regelungen.

Es ist ein Skandal, dass in Politik, Justiz und Medien diese fortgesetzte Verletzung von Grund- und Menschenrechten immer noch weitgehend ignoriert wird.

Wir fordern [...] die Einzelgewerkschaften auf:

- Opfern von BR-Mobbing, unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren sowie
- funktionsfähige schnelle gewerkschaftliche Einsatzgruppen zu bilden, die eine umfassende Abwehr von BR-Mobbing unterstützen und gemeinsam mit den KollegInnen vor Ort Widerstand organisieren.“

Gegenmacht stärken!

Wie der Veranstalter, das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ mitteilt, sehen von Bossing und Mobbing betroffene Betriebs- und Personalratsmitglieder die Mannheimer Treffen „als sehr bedeutsame Unterstützung für ihren schwierigen Abwehrkampf“ an.

Neben betroffenen Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Branchen sind Julia Friedrich vom DGB Baden-Württemberg, Isaf Gün und Heike Madan vom IG Metall Vorstand sowie Klaus Stein (1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim) als ReferentInnen eingeladen.

Im Zentrum der diesjährigen Tagung wird die Entwicklung erfolgreicher Strategien zur Stärkung betrieblicher Gegenmacht stehen. Diese bietet der Einladung zufolge die beste Gewähr sowohl zur Verhinderung als auch zur Abwehr von Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung durch die Kapitalseite und ihre Helfershelfer.

Darüber hinaus geht es um die Möglichkeiten der weiteren Verbesserung einer bundesweiten Vernetzung gegen BR-Mobbing.

Vor allem aber soll die Zusammenkunft allen betrieblich und gewerkschaftlich aktiven KollegInnen ein nützliches Forum zum solidarischen Erfahrungsaustausch und zur wirksamen

Unterstützung bieten.

Die Konferenz „Betriebsräte im Visier“ wird organisiert vom Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“ mit freundlicher Unterstützung durch IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden Württemberg, IG BCE Weinheim, ver.di Rhein-Neckar, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar und work-watch Köln. ■

Anmeldung bitte bis spätestens 13. Oktober 2019:
Per E-Mail: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de
Per Post: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“,
Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim
Weitere Infos: www.gegen-br-mobbing.de

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Gegenmacht stärken!

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
 Julia Friedrich (DGB Baden-Württemberg)
 Isaf Gün und Heike Madan (IG Metall Vorstand)
 Klaus Stein (IG Metall Mannheim)
 und vielen anderen

Samstag, 19. Oktober 2019

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
 Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
 mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
 sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
 IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar,
 ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln (Stand 13.04.2019)

Legal, illegal, ... egal

BR-Mobbing durch Hyundai und das Arbeitsgericht Darmstadt

M. G.

Vor zehn Jahren, am 31. Juli 2009, wurde erstmals im Entwicklungszentrum von Hyundai in Rüsselsheim ein Betriebsrat gebildet. Kurz danach begann das Mobbing gegen die in der IG Metall organisierten BR-Mitglieder.

Am 14. Mai 2014 gelang es dem Hyundai-Management, eine konzernhörige Betriebsrats-Mehrheit zu installieren. Wer allerdings glaubte, dass jetzt der Krieg gegen die IG Metall im Betriebsrat beendet werden würde, sah sich getäuscht.

Am 08. August 2019 fand nun wegen der außerordentlichen Kündigung eines schwerbehinderten (!) IGM-Betriebsrats von Hyundai ein in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerter Kammertermin beim Arbeitsgericht Darmstadt statt.

Die vom Kapitalverband Hessenmetall gestellte Rechtsvertretung von Hyundai hatte schon im vorausgegangenen Gutetermin dreist behauptet, „die betrieblichen Abläufe sowie der Betriebsfrieden“ würden durch den von der Kündigung betroffenen Kollegen „massiv gestört bzw. gefährdet“.

Das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ organisierte deshalb in Kooperation mit der IG Metall eine Unterstützungsaktion. 40 Kolleginnen und Kollegen aus der näheren und weiteren Region beteiligten sich an einer spontanen Solidaritätskundgebung vor dem Gerichtsgebäude in Darmstadt. Erfreulicherweise unterstützte auch einer der Vertrauensleute-Sprecher von ver.di an der Technischen Universität Darmstadt die Protestaktion gegen Hyundai.

Missachtung von Grund- und Menschenrechten

Ein Vertreter des Komitees kritisierte scharf, dass Konzerne wie Hyundai die Grund- und Menschenrechte von Betriebsräten hierzulande offenbar ohne Probleme mit Füßen treten können. Es sei ein Skandal, dass Politik, Medien und Justiz dieses schwerwiegende Problem weitestgehend ignorierten. Die Gewerkschaften seien mehr als bisher gefordert, konsequente und wirksame Gegenwehr gegen solche kriminellen Angriffe auf ihre betrieblich aktiven KollegInnen zu leisten.

Im Arbeitsgericht reagierte der vorsitzende Richter der für das Verfahren zuständi-



Protest gegen Hyundai vor dem Arbeitsgericht Darmstadt, 08. August 2019.

Foto: Privat.

gen 7. Kammer, Lösch, aggressiv auf das Erscheinen der vielen BesucherInnen. Er forderte sie in herrischem Ton auf, die roten Westen des Komitees abzulegen, und er drohte barsch mit Konsequenzen, falls nicht ein Großteil der Anwesenden den – viel zu kleinen – Sitzungssaal wieder verlassen würde.

„Schnellverfahren“ zur Rechtsfindung

Nach diesem unglaublichen Auftakt verdingte der vorsitzende Richter zunächst einmal die zwei ehrenamtlichen Richterinnen, die in dieser Funktion bisher offensichtlich noch nie aktiv waren.

In etwa 40 Minuten glaubte dann das Gericht, diesem komplexen Verfahren und den 600 Seiten umfassenden Akten gerecht werden und ein Urteil fällen zu können.

Wie schon allzu oft bei anderen einschlägigen Prozessen in der Vergangenheit, befasste sich auch die 7. Kammer des Arbeitsgerichts Darmstadt nicht mit dem offensichtlichen Hintergrund des Rechtsstreits – der Gewerkschaftsbekämpfung bei Hyundai.

Unser gekündigter Kollege wies in klaren

Worten auf die schwerwiegenden gesellschaftlichen Folgen des BR-Mobbings bei dem südkoreanischen Konzern hin. Die Antwort des Gerichts war – ein beredtes Schweigen ...

Wie später bekannt gewordenen ist, hat die 7. Kammer des Darmstädter Arbeitsgerichts der Kündigung des schwerbehinderten Betriebsrats durch Hyundai zugestimmt. Die schriftliche Begründung dieses skandalösen „Urteils“ liegt bisher nicht vor. ■



Szene im Arbeitsgericht Darmstadt, 08. August 2019.

Foto: Privat.

Die Mühen der Ebene . . .

Gedanken zur politischen Arbeit im Betrieb

F. K.

Wer eine politische und/oder gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb aufnimmt, tut dies in der Regel, um für eine Verbesserung des Arbeitsalltags und die Einhaltung bestehender Rechte und Gesetze zu kämpfen. Vielleicht sogar, um die arbeitende Klasse gegen die Klasse der Besitzenden politisch zu organisieren und letztendlich den Kapitalismus zu überwinden.

So oder so, mit diesem Anspruch kommt es schnell zu Konflikten mit Unternehmen und Vorgesetzten. Dabei wird es derzeit kaum breite Unterstützung für AktivistInnen geben. Denn in immer weniger Betrieben gibt es kämpferische Vertrauensleute und Betriebsräte. Und viele Kolleginnen und Kollegen werden aus Angst vor Repression oder Entlassung stillhalten.

Gerade in den aktuellen Zeiten gibt es bei einer solchen Arbeit in der Regel keine schnellen Erfolge. Damit der dafür notwendige lange Atem nicht vorzeitig ausgeht, sollten einige Punkte beachtet werden.

Gemeinsamkeiten erkennen

Auch wenn die Bedingungen in verschiedenen Unternehmen und Branchen sehr unterschiedlich sind, findet sich nahezu überall eine Gemeinsamkeit: Die Erzielung des maximalen Profits als Unternehmensziel. Ein wesentliches Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die permanente organisatorische, ideologische und finanzielle „Optimierung“ des Einsatzes aller für das Unternehmen notwendigen Arbeitskräfte. Kurzum, die maximale Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.

Die Folgen davon sind: Rationalisierung, Arbeitsverdichtung, psychologische Führungsmethoden, Entlassungen, Umstrukturierungen, Auslagerungen, Fremdvergabe, Leiharbeit, Betriebs-schließungen, Verschlechterung betrieblicher Sozialleistungen, Angriffe auf Entgelte bis hin zur Tarifflicht und vieles andere mehr.

Die dafür notwendige gesellschaftspolitische Begleitmusik lieferte vor allem die Schröder-Fischer-Regierung mit ihrem sozialpolitischen Großangriff der *Agenda 2010*, der die Zerstörung „normaler“ Arbeitsverhältnisse, die Verschlechterung der sozialen Sicherungssysteme, Hartz IV und vieles mehr zur Folge hatte. Damit wurde die Existenzangst bei den Beschäftigten vertieft und gleichzeitig deren Widerstandskraft geschwächt.

Anpassen oder Widerstand organisieren

Die meisten Beschäftigten eines Unternehmens geraten irgendwann in einen kleinen oder größeren Konflikt mit „ihrem“ Unternehmen oder Vorgesetzten. Zum Beispiel wegen der Höhe ihrer Löhne und Gehälter, des Führungsverhaltens, der allgemeinen Arbeitsbedingungen und wegen des (fehlenden) Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Doch das führt nicht

automatisch zu einem widerständigen Verhalten.

Aber die genannten Konfliktbeispiele können gute Anknüpfungspunkte sein, um mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen und eventuell einen Schritt in Richtung Gegenwehr zu gehen. Unter Umständen kann so der Grundstein einer organisierten betrieblichen Arbeit gelegt werden.

Vom Machbaren ausgehen

Mittel- und langfristig ist nur die kollektive Gegenwehr der Beschäftigten erfolgreich. Um diese aufzubauen, braucht es Geduld, Engagement und einen politischen und organisatorischen



Protest gegen den Verkauf von ICL in Ludwigshafen, 27. April 2015. Foto: Avanti².

„Aufbauplan“. Dabei muss von dem ausgegangen werden, was im Unternehmen mit der vorhandenen Belegschaft und den gemachten Erfahrungen möglich und persönlich leistbar ist.

Vereinzelung überwinden

Die vielleicht wichtigste Aufgabe ist dabei, die politische Vereinzelung zu überwinden und eine Gruppe von kämpferischen Kolleginnen und Kollegen – einen harten Kern – aufzubauen oder sich einer solchen Gruppe anzuschließen.

Ob und wie der Vertrauensleutkörper oder der Betriebsrat dafür nützlich sind, muss jeweils konkret geprüft werden. Aber wer von vornherein eine politische Arbeit in diesen Gremien ablehnt, vergibt die Chance, in den real vorhandenen und von den Beschäftigten gewählten Strukturen um politische Mehrheiten zu kämpfen.

Ein weiterer wichtiger Schritt gegen die Vereinzelung ist, sich überbetrieblich zu vernetzen und zu organisieren. Nur so kann die Erfahrung anderer Menschen genutzt, Betriebsblindheit vermieden und Kraft von „außerhalb“ geschöpft werden.

Wissen erwerben

Weiterhin braucht es grundlegende Kenntnisse: Welche Gesetze und Rechte sind zu nutzen? Wie ist das Unternehmen organisatorisch und wirtschaftlich „aufgestellt“? Ist die Belegschaft widerständig oder angepasst und verängstigt? Welche Probleme und Konflikte gibt es? Gibt es gewerkschaftliche Vertrauensleute und Tarifbindung? Sind die Vertrauensleute kämpferisch oder sozialpartnerschaftlich? Gibt es einen Betriebsrat? Kuscht er oder mauschelt dieser mit der Unternehmensleitung oder steht er ausschließlich auf Seiten der Belegschaft?

Geduld haben

Schließlich braucht es Geduld. Nur so lässt sich Schritt für Schritt das Fundament für kämpferische Gegenwehr gegen die profitorientierte Unternehmenspolitik aufbauen. Nur so lässt



Internationale Demo von Alstom-KollegInnen in Paris, 02. Juli 2003. Foto: Privat.

sich persönliche Anerkennung in der Belegschaft erreichen. Nur so lässt sich vermeiden, dass die gesteckten Ziele zu groß sind und die eigene Kraft zu schnell verbraucht wird.

**Aber der größte Fehler wäre es, mit dieser Arbeit zu warten.
Empört euch! Organisiert euch! Kämpft!** ■

Politische Betriebsarbeit

Die Genossinnen und Genossen der ISO verfolgen mit Ihrer politischen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft unter anderem folgende Ziele:

- ➔ Aufbau eines solidarischen Widerstands der Beschäftigten gegen die kapitalistischen Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen.
- ➔ Bewusstmachen des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit.
- ➔ Ablehnung der Ideologie der Betriebs- und Sozialpartnerschaft.
- ➔ Stattdessen Propagierung und Entwicklung gemeinsamer und selbstständiger Aktionen der arbeitenden Klasse für ihre Interessen („Klasse gegen Klasse“).
- ➔ Die politische Selbstorganisation der arbeitenden Klasse, um das Kräfteverhältnis inner- und außerhalb der Betriebe zu ihren Gunsten zu verändern und letztendlich den Kapitalismus zu überwinden.

Karstadt/Kaufhof

Mit Benko vom „Systemwarenhaus“ zum „Systemtarifvertrag“?

HELMUT BORN

Nach der Übernahme von Kaufhof durch die Signa-Gruppe des österreichischen Immobilienmoguls Benko und dem darauf folgenden Zusammenschluss mit Karstadt wird Kaufhof mächtig durcheinandergewirbelt und soll auf das Niveau von Karstadt zurechtgestutzt werden.

Vorausgegangen war der Abschluss eines Interessenausgleichs und Sozialplans mit dem Gesamtbetriebsrat (GBR) des Kaufhofs, in dem Benko die Akzeptierung seiner gesamten „Umbaupläne“ durch den GBR erreichen konnte.

Vereinbarungen bei Kaufhof

Dazu gehören vor allem:

- Die weitgehende Stilllegung der Kölner Zentrale.
- Massiver Personalabbau in den Filialen.
- Zerstückelung der Tätigkeiten im Verkauf nach Kasse, Auffüllen und Verkaufstätigkeit mit entsprechenden Um/Abgruppierungen.
- Der weitgehende Abbau einer Ebene bzw. massive Personalreduzierung in den verschiedenen Ebenen (AbteilungsleiterInnen, Erstkräfte, Geschäftsleitungen) d. h. in der Managersprache „Verschlankung“.
- Die Ausgliederung der Hausverwaltungen in eine gemeinsame Gesellschaft mit den Karstadt-Abteilungen.
- Die Ausgliederung der Lebensmittelabteilungen und Zusammenlegung mit den Karstadt-Lebensmittelabteilungen zu KarFein (Kooperation mit Rewe).
- Die Schließung der Lebensmittelabteilungen in Fulda und Düsseldorf-Wehrhahn zum 31.08.2019.

Diese Vereinbarungen wurden unter massivem Druck vom GBR am 15. Mai 2019 unterschrieben. Nur kurze Zeit später gab Benko bekannt, dass er dem alten Eigentümer des Kaufhofs, der Nordamerikanischen Hudson Bay Company, die restlichen Anteile für ca. 1 Milliarde € abgekauft hat.

Am 5. August wurde mit dem GBR der Galeria Logistik ebenfalls ein Interessenausgleich/Sozialplan abgeschlossen, der eine weitgehende Schließung der Läger und damit den zusätzlichen Abbau von mindestens 1.000 weiteren Arbeitsplätzen vorsieht.

Ausstieg aus Tarifbindung

Zuvor hatte Benko bekannt gegeben, dass auch Kaufhof aus der Tarifbindung ausgestiegen und nun im Einzelhandelsverband Mitglied ohne Tarifbindung sei. Bei Karstadt läuft noch ein sogenannter Sanierungstarifvertrag, der den Beschäftigten bis 2021 Einkommen 12 % unterhalb des Flächentarifvertrages zumutet.

Da Benko davon spricht, dass die „Sanierung“ von Kaufhof mehrere Jahre dauert, möchte er auch bei Kaufhof einen ähnlichen Tarifvertrag wie bei Karstadt abschließen. Dagegen sprach sich die bei Kaufhof gebildete Tarifkommission ebenso aus wie die Tarifkommission von Karstadt. Beide Tarifkommissionen fordern die Rückkehr in den Flächentarifvertrag, aber nicht erst 2021, sondern

jetzt. Es sei nicht einzusehen, dass Benko Milliarden für die Übernahme des Kaufhofs ausgeben könne, aber die Beschäftigten nicht nach Tarif bezahle.

Darüber lässt Benko jedoch überhaupt nicht mit sich reden. Stattdessen unterbreitete er der Führung von ver.di einen Vorschlag für einen „Zukunftstarifvertrag“. Dieser solle die neue Struktur im Warenhauskonzern abbilden. Das heißt, dass die Aufteilung der Verkaufstätigkeiten dort klar definiert ist und Auseinandersetzungen um die Eingruppierung wie bei Karstadt beendet werden. Nach seinen Vorstellungen soll solch ein Tarifvertrag eine Laufzeit bis 2025 haben und sowohl für Kaufhof wie für Karstadt gelten.

Würde Benko dies durchsetzen, könnten die Karstadt-Beschäftigten ihre für 2021 vorgesehene Rückkehr in den Flächentarifvertrag vergessen. Aber offensichtlich möchte Benko auch gar nicht mehr zum Einzelhandelsstarifvertrag zurück, sondern einen speziellen Tarifvertrag für die Sparte „Warenhaus“ erreichen.

Kampf für Tarifbindung

Im Juni versuchte die ver.di-Führung bei einem Treffen der Tarifkommissionen von Kaufhof und Karstadt in Kassel, eine gemeinsame Verhandlungskommission wählen zu lassen. Dieses Vorgehen fand allerdings dort keine Mehrheit. Die Tarifkommissionen forderten vielmehr erneut die Rückkehr in den Flächentarifvertrag.

In der laufenden Tarifrunde im Einzelhandel war die wichtigste Forderung neben 6,5 % Einkommenssteigerung die Wiedereinführung der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags. Gleichzeitig sendet jedoch die ver.di-Führung das Signal, dass es in einem bedeutenden Konzern des Einzelhandels andere Regelungen geben könne. Damit signalisiert sie dem Einzelhandelsverband, dass auch in diesem Jahr die Forderung nach Allgemeinverbindlichkeit Verhandlungsmasse ist. Bei dem Tarifabschluss am 01.07.2019 spielte diese Forderung dann auch keine Rolle mehr.

Am 06.08.2019 wurden die Tarifkommissionen über die Vorstellungen der Unternehmensleitung unterrichtet. Sie drohte damit, die beiden Unternehmen zu fusionieren, wenn es zu keiner Einigung käme. Dann würde der Karstadt-Tarifvertrag auch für die Beschäftigten von Kaufhof gelten. Dies wurde von ver.di und den Mitgliedern empört zurückgewiesen.

Noch gibt es die Möglichkeit, mit Benko einen Anerkennungsstarifvertrag abzuschließen, der die Rückkehr in die Tarifbindung bedeuten würde. Aber dafür muss gekämpft werden. Da bei solch einer Forderung auch die Friedenspflicht nicht gilt, könnte ver.di direkt in die Auseinandersetzung gehen. ■

Das Elektroauto – Rettung vor der Klimakatastrophe? (Teil I)

K. H.

Am 26. Juli 2019 stand das Elektroauto im Mittelpunkt des monatlichen Infoabends der ISO Rhein-Neckar. Inhaltliche Grundlage war Winfried Wolfs Buch: *Mit dem Elektroauto in die Sackgasse - Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt*.

Vor allem der anhaltende Protest der „Fridays for Future“-Bewegung hat in den letzten Monaten dazu geführt, dass die fortschreitende Klimakatastrophe zu einem stärker beachteten gesellschaftlichen Thema geworden ist.

Ein wichtiger Teil dieser Debatte ist die Verkehrswende. Sie ist notwendig, um die massive CO₂-Belastung aus dem Verkehr spürbar zu reduzieren. Es ist wissenschaftlich belegt, dass die Nutzung von Kraftfahrzeugen – LKW und PKW, Diesel und Benzin – für ein Fünftel der das Klima schädigenden Gase verantwortlich ist. Der Autoverkehr ist der wichtigste Sektor, bei dem die das Klima schädigenden Emissionen absolut sogar ansteigen.

Um die Verkehrswende und die Einhaltung der Klimaziele von Paris zu schaffen, preisen uns Regierung und Autoindustrie das Elektroauto an.

Bei der Bewertung eines Verkehrsmittels geht es aber nicht nur um den unmittelbaren Ausstoß klimaschädlicher Emissionen. Dies würde angesichts der vielen Probleme der heutigen Verkehrspolitik zu kurz greifen. Es geht vielmehr um die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen und Belastungen durch den individuellen Kraftfahrzeugverkehr.

Daten zum heutigen Autoverkehr

Das Auto ist nicht ökonomisch: Der aktuelle Golf hat ein Gewicht von 1,3 Tonnen und befördert in der Regel eine Person (ca. 100 kg). Das entspricht einem Verhältnis zwischen Transportgut und Leergewicht von 1:13. Beim vergleichbaren E-Auto sind es dann sogar 1,9 Tonnen zu 100 kg oder eine Relation von 1:19.

Der Kraftfahrzeugverkehr ist nicht effizient: Die Durchschnittsgeschwindigkeit eines PKW im Stadtverkehr liegt bei ca. 25 km/h. Das ist nicht viel mehr als die Geschwindigkeit eines Radfahrers.

Der motorisierte Individualverkehr ist nicht sozial: Er steht immer im Widerspruch zum nicht motorisierten (Fußgänger- und Fahrrad-) Verkehr und zu den kollektiven Verkehrsmitteln (Bus, Straßenbahn ...).

Der Kraftfahrzeugverkehr ist stadtzerstörerisch: Der Autoverkehr beansprucht mindestens viermal mehr Fläche je Transporteinheit als der Verkehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln – im Vergleich zu Fußgängerinnen und Radverkehr ist der Platzbedarf noch ein Vielfaches mehr.

Der Kraftfahrzeugverkehr ist mörderisch: Jahr für Jahr kostet er in der EU 25.000 Menschen das Leben. Weltweit sind es jährlich mehr als eine Million. Und das ist nicht „der Preis der Mobilität“. Das ist der Preis dieser spezifischen Mobilität.

E-Mobilität nicht klimafreundlich

Es wird behauptet, eine möglichst große Zahl von Elektroautos würde die CO₂-Emissionen reduzieren und dem Klimawandel entgegenwirken. Das ist aber nicht der Fall – das Gegenteil trifft zu.

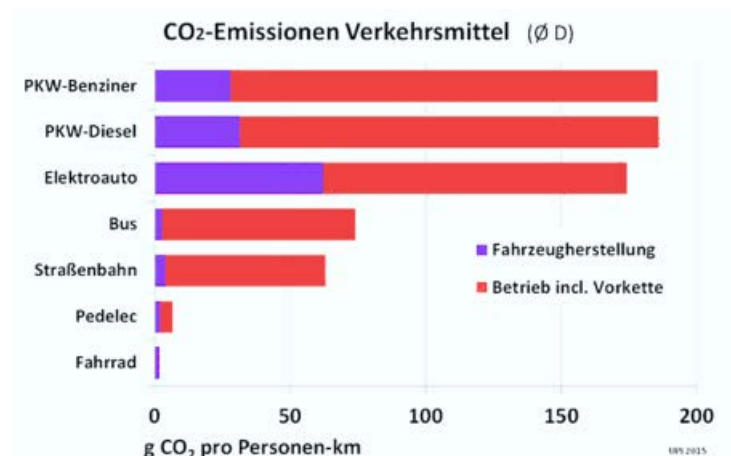
Die Antriebsart eines Autos ist nicht entscheidend bei der Kritik am motorisierten Individualverkehr. Grundsätzlich sind Elektroautos ähnlich problematisch und das Klima schädigend wie herkömmliche PKW.

Die reine CO₂-Bilanz eines E-Autos ist im Vergleich zu einem Benzin- oder Diesel-PKW maximal um ein Viertel weniger schlecht, wenn der gesamte Lebenszyklus des Autos betrachtet wird. E-Autos sind aber zum großen Teil Zweit- und Drittwagen, die hauptsächlich in der Stadt genutzt werden. Dafür sprechen auch die technischen Aspekte wie Reichweite, Ladedauer und Ladestrukturen. E-PKW sind damit auf absehbare Zeit Mobilitätsmittel für diejenigen, die es sich finanziell leisten können und die über eine Garage oder einen „Carport“ mit Ladegerät verfügen. Damit sind Elektroautos ein weiterer Beitrag, um die PKW-Dichte noch mehr zu erhöhen und dies ausgerechnet dort, wo PKW besonders schädlich sind: in den Städten.

Zugleich tauscht die Autoindustrie, die jetzt auf Elektroautos setzt, die Abhängigkeit von dem endlichen Rohstoff Öl gegen die Abhängigkeit von anderen wie Kupfer und Nickel aus. Sie müssen für E-Autos ebenso in großen Mengen aus der Erde geholt werden wie Lithium, Kobalt und allgemein Seltene Erden.

Die grundlegenden Probleme des individuellen Autoverkehrs bleiben auch mit „Elektro-Mobilität“ in jedem Fall bestehen. Selbst wenn alle 950 Millionen Pkw, die es derzeit auf dem Planeten gibt, Elektroautos wären, bliebe es bei der einen Million Verkehrstoten im Jahr. Auch wenn in allen Großstädten der Erde Benzin- oder Diesel-PKW durch Elektro-PKW ersetzt werden würden, bliebe es dabei, dass der Flächenverbrauch, den diese Blechlawine beansprucht, wesentlich größer ist als der des Verkehrs zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. ■

[Fortsetzung folgt in der nächsten *Avanti*.²]



Der BBC-Torbau

Kein Denkmalschutz für ein Monument der Mannheimer Industriegeschichte?

W. A.

Stefanie Kleinsorge (Direktion Port25 – Raum für Gegenwartskunst) konnte am 25. Juli 2019 über vierzig Interessierte zur Eröffnung der sehr sehenswerten Ausstellung „Der BBC-Torbau – Architektur fotografie von K.W. Ochs“ begrüßen. Die von der Mannheimer Stadtgalerie Port25 gemeinsam mit Rhein-Neckar-Industriekultur e.V. und IG Metall Mannheim organisierte und vom Mannheimer Bau- und Architekturarchiv MAB unterstützte Schau ist bis zum 22. September 2019 in der Hafenstraße 25-27 zu sehen (MI - SO, 11- 18 Uhr, freier Eintritt).

Klaus Stein (IG Metall Mannheim) unterstrich in seinem Grußwort die große gesellschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur. Auf den ersten Blick sei deren Verbindung mit der Existenz guter industrieller Arbeit oft nicht zu erkennen. Die Beschäftigung mit einem Bauwerk wie dem BBC-Torbau lasse aber diesen Zusammenhang ohne Weiteres erspüren. Klaus Stein bedankte sich bei den OrganisatorInnen der Veranstaltung und der Initiative Denkmalschutz BBC-Torbau für ihr großes Engagement und sicherte die weitere Unterstützung seiner Gewerkschaft zu.

Schauplatz exemplarischer Auseinandersetzungen

Barbara Ritter (Rhein-Neckar-Industriekultur e.V.) skizzierte sehr fundiert das Wirken von Karl Wilhelm Ochs (1896 - 1988). Als Chefarchitekt bei Brown, Boveri & Cie. hat er mehrere Bauphasen des Mannheimer BBC-Werkes maßgeblich gestaltet und fotografisch dokumentiert. Im Jahr 1934 verhängten die Nazis gegen ihn das Berufsverbot als freiberuflichen Architekten, weil er keinen „Arier-Nachweis“ erbringen kann.

Den historischen Architektur fotografien von K.W. Ochs sind aktuelle Aufnahmen des BBC-Torbaus von Annette Schimpf und Barbara Straube gegenübergestellt. Diese beeindruckenden Vergleiche zeigen, wie sehr das imposante Gebäude sowohl außen als auch innen in einem nahezu ursprünglichen Zustand erhalten ist.

Der ehemalige Werkszugang ist zweifelsohne ein bedeutsames Monument der Industriegeschichte und zudem ein Schauplatz exemplarischer sozialer Auseinandersetzungen. Im Laufe der Zeit hat der BBC-Torbau hunderte betriebliche Kundgebungen, spontane Streiks, gewerkschaftliche Tarifaussensetzungen, Betriebsrats-Informationen und Protestaktionen der Belegschaft bei Vorstand, Aufsichtsrat und Personalabteilung gesehen.

Vor etwa einem Jahr, so Ritter, habe man erfahren, dass bei BBC kein Gebäude unter Denkmalschutz steht. Deshalb sei ein „Antrag auf Unterschutzstellung beim Landesamt für Denkmalpflege in Karlsruhe“ gestellt worden. Die Antwort des Amtes war schlicht: Schon im Jahr 2000 habe eine „abschließende“ Prüfung ergeben, dass bei BBC nichts denkmalwürdig sei.

Kafkaeske Denkmalschutzbehörde

Auch persönliche Gespräche mit der Unteren Denkmalschutzbehörde in Mannheim und dem übergeordneten Amt in Karlsruhe führten laut Ritter trotz Vorlage aller aktuellen belastbaren Infor-

mationen bisher zu nichts.

Von der einmal eingenommen Position will das Landesamt bisher nicht abweichen. Der BBC-Torbau sei „nicht original genug erhalten“ und mit „heimatgeschichtlicher Bedeutung“ seien nicht Arbeitskämpfe gemeint, sondern eher die Bezüge eines Gebäudes zu einer „prominenten Person“. Die schriftliche Begründung von damals könne man allerdings nicht aushändigen.

Mit Genehmigung der Stadt Mannheim konnte das ehemalige BBC-Gelände von General Electric, dem Plattmacher des Kraftwerkbaus in Käfertal, für schlappe 28 Millionen Euro an Aurelis verkauft werden.

Der neue Eigentümer, ein „Immobilienentwickler“, hat Ritter zufolge versichert, den BBC-Torbau und die umliegenden Gebäude erhalten zu wollen. Interessanterweise bezeichnet der Bebauungsplan der Stadt diese Bauwerke „als eindrucksvolle Beispiele der Industriearchitektur [und] auch aus baukultureller Sicht erhaltenswert“.

Unter Würdigung aller Fakten und nicht zuletzt aufgrund der besonderen „heimatgeschichtlichen Bedeutung“ des BBC-Torbaus forderte Barbara Ritter, das Gesamtensemble an der Boveristraße unter Denkmalschutz zu stellen und so für die Zukunft zu erhalten.

Das bisher in diesem Zusammenhang erkennbare Verhalten der baden-württembergischen Denkmalschutzbehörde erscheint jedoch eher als kafkaesk denn als demokratisch und transparent. Es wird also noch ein gewisses Maß an öffentlichkeitswirksamer Überzeugungsarbeit vonnöten sein. ■



Barbara Ritter bei der Eröffnung der Ausstellung „Der BBC-Torbau“, 25. Juli 2019.

Fest der Solidarität in Mannheim-Neckarstadt

O. T.

Für Vielfalt und Solidarität – gegen Rassismus, Ausgrenzung und Krieg, so lautete das Motto des Fests der Solidarität. Es fand am Sonntag, den 7. Juli 2019, zum zweiten Mal auf dem Neckarstädter Neumarkt statt.

Anliegen des Festes, das auch von der Stadt Mannheim unterstützt wurde, war es, die vielfältige Bevölkerung der Neckarstadt-West auf dem zentralen Platz des Stadtteils zusammenzubringen.

Sehr schönes Wetter und ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm aus Tänzen, Vorträgen, traditioneller und moderner Musik trugen dazu bei, dass das Fest in diesem Jahr noch besser besucht war als im letzten Jahr.

Essens- und Getränkestände sowie viele Infostände der weit über dreißig koordinierenden und unterstützenden Organisationen und Initiativen rundeten das internationale Programm ab. Mit einem eigenen Informationsangebot dabei war natürlich auch die ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar, die sich aktiv in die Vorbereitung des Fests eingebracht hatte.

Gerade in Zeiten des rechtsextremen Populismus und der immer offeneren menschenverachtenden Hetze neofaschistischer Parteien und Gruppen war es wichtig zu zeigen, dass die Neckarstadt-West ein offener, lebens- und liebenswerter Stadtteil ist.

Das Zusammenkommen und gegenseitige Kennenlernen der BesucherInnen bei dem Fest hat dazu beigetragen, kulturelle



Infostand beim Fest der Solidarität in der Neckarstadt, 07. Juli 2019. Foto: Avanti².

Barrieren und Vorurteile zu überwinden.

Mehrere hundert Menschen schauten an den Infoständen der verschiedenen Gruppen vorbei. Viele lauschten dem bunten Programm mit Reden und kulturellen Beiträgen, andere führten angeregte Diskussionen. Alle aber genossen sicherlich einen sonnigen Tag und stärkten sich mit Speis' und Trank'.

Es ist geplant, das Fest auch im nächsten Jahr wieder stattfinden zu lassen. ■



Eröffnung des Fests der Solidarität in der Neckarstadt, 07. Juli 2019.

Foto: Avanti².

„Solidarität statt Ausbeutung - Wie kann das gelingen?“ ISO-Seminar in Mannheim SA, 21.09.2019, 13:30 - 19:30 Uhr

Am Samstag, den 21.09.2019, findet ab 13:30 Uhr unser Herbstseminar „Solidarität statt Ausbeutung - Wie kann das gelingen?“ in Mannheim statt.

Wir kämpfen für eine solidarische und ökologische Welt ohne Herrschaft, Krieg, Unterdrückung, Hunger und Ausbeutung.

Ist eine solche Welt überhaupt möglich oder nur ein Traum? Wir sind davon überzeugt, dass sie möglich ist. Aber wie kann sie aussehen? Gibt es dazu Ideen und historische Erfahrungen?

In unserem Seminar wollen wir uns deshalb mit zwei grundlegenden Fragen einer nichtkapitalistischen Gesellschaft beschäftigen:

- Wie kann/soll politische Demokratie organisiert werden?
- Wie kann/soll ein wirtschaftliches Alternativmodell zum Kapitalismus aussehen?

**Wir freuen uns auf Deine Anmeldung und Teilnahme!
Anmeldung bitte direkt bei unseren GenossInnen
oder per Mail an info@iso-4-rhein-neckar.de**

Kapitalismus – ohne Alternative?

U. D.

So lautete die zentrale Fragestellung des Sommerseminars der ISO Rhein-Neckar, das am 20. Juli 2019 in Mannheim stattgefunden hat.

Referate und Diskussionen befassten sich mit folgenden drei Hauptthemen: Was ist der heutige Kapitalismus? Welche Alternativen schlagen wir vor? Wie müssen wir uns organisieren?

Das Problem heißt Kapitalismus

Im Eingangsreferat wurde eindringlich aufgezeigt, dass der Kapitalismus keine Lösungen für die tiefgreifenden Krisen der Menschheit (Umwelt/Klima, Krieg, Hunger, Flucht, Arbeit, Gesundheit, sozialer Zusammenhalt, Kultur) anbieten kann. Vielmehr ist er selbst das Problem, verursacht diese Krisen und verschärft sie unaufhaltsam.

Angetrieben von der Notwendigkeit immer mehr Waren zu produzieren, immer neue Anlagfelder zu finden und den größtmöglichen Profit zu erzielen, werden dabei Mensch und Natur rücksichtslos ausgebeutet und zerstört. Umso wichtiger sei es, den Kapitalismus schnellstmöglich abzuschaffen.

Ohne Utopie keine Alternative

Die sich anschließende Frage nach der Alternative zum Kapitalismus führte auch in diesem Seminar zu einer intensiven Diskussion. Kein Wunder: Bislang scheiterten nahezu alle Versuche der arbeitenden Klassen, eine Gesellschaft der Freiheit und sozialen Gleichheit aufzubauen durch Verrat oder blutigen konterrevolutionären Terror.

Beispielhaft dafür sind in den letzten einhundert Jahren die Niederschlagung der deutschen Revolution 1918/1919 unter politischer Führung der Sozialdemokratie um Ebert, der stalinistische Terror gegen das Erbe des Roten Oktobers von 1917, der Faschismus, zahlreiche Militärdiktaturen und nicht zuletzt der „Sieg“ des Neoliberalismus. Dies alles trug und trägt zum Niedergang positiver gesellschaftlicher Utopien und zur verbreiteten Hoffnungslosigkeit bei.

In der Diskussion kam auch zur Sprache, dass sich die Idee einer anderen Gesellschaft nicht „abstrakt“ verbreiten wird,

sondern nur über gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kämpfe. Dort sind in der Vergangenheit immer wieder Räte oder räteähnliche Basisstrukturen entstanden, die die wesentliche politische Organisationsform einer künftigen Gesellschaft darstellen würden.

Dabei wären folgende Punkte von grundsätzlicher Bedeutung: Eine bedürfnisorientierte und ökologische Vergesellschaftung der Wirtschaft, radikale Arbeitszeitverkürzung, direkte (Räte-)Demokratie, soziale Gleichheit, Internationalismus, politischer und organisatorischer Schutz von Minderheiten, Ächtung jeder Form von Unterdrückung und Ausgrenzung, Rechtsstaatlichkeit statt Willkür und Kampf gegen jede Form von Bürokratie.

Organisieren – lernen – bewegen

Die letzte und vielleicht am meisten herausfordernde Frage unseres Seminars war, wie es angesichts des bestehenden Kapitalismus und eines fehlenden Klassenbewusstseins gelingen könne, sich erfolgreich zu organisieren. Der zu diesem

Thema sprechende Referent warb dafür, stabile, verlässliche und aktive Kerne des politischen Widerstands aufzubauen, ob in Betrieben, Schulen, Universitäten oder Wohnvierteln. Diese müssten sich aus Menschen zusammensetzen, die sich nicht nur stetig weiterbildeten, sondern sich auch solidarisch und organisiert gegen die Folgen des Profitsystems engagierten.

Im Zentrum dieser Arbeit müsse die Entwicklung und Stärkung politischer, antikapitalistischer Bewegungen in allen gesellschaftlichen Bereichen stehen. Dabei sei die politische Organisation der arbeitenden Klasse jedoch weiterhin die zentrale Aufgabe. Diese Perspektive dürfe aber nicht zu sich rein lokal verstehenden Gruppen führen. Vielmehr sei es aufgrund des weltweiten Kapitalismus notwendig, sich gleichzeitig national und international zu organisieren. Nur so sei es langfristig möglich, die Kräfteverhältnisse zu Gunsten der Arbeit und zu Ungunsten des Kapitals und seiner rechten Henkersknechte zu ändern. ■



Infostand beim Fest der Solidarität in der Neckarstadt, 07. Juli 2019.

Foto: Avanti?

5 Jahre *Avanti*² „Vorwärts und nicht vergessen“

H. N.

Im September 2014 konnten wir die erste Nummer von *Avanti*² herausgegeben.* Damals hat sie noch den Beinamen „Beilage zu *Avanti*“ getragen, und sie ist in der Tat der *Avanti*, der zentralen Zeitung des RSB / IV. Internationale, beigelegen. Die *Avanti* ist von der Gründung des RSB im November 1994 bis zur Vereinigung von isl und RSB zur ISO im Dezember 2016 erschienen. Ursprünglich war *Avanti* 1991 von der Gruppe Revolutionäre Sozialisten (GRS) um Hans-Jürgen Schulz veröffentlicht worden und der Name dann Ende 1994 vom RSB übernommen worden.

Im Editorial der allerersten *Avanti*² schrieben wir unter anderem: „mit dieser ersten Ausgabe einer örtlichen Beilage zur *Avanti* versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, einen konkreten Beitrag zur Unterstützung von Protest und Widerstand gegen die HERRschenden Verhältnisse zu leisten.

Wir berichten deshalb über betriebliche und gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Arbeitsplatzabbau, Tarifflicht, ‚Tarifeinheit‘ und BR-Mobbing. Unsere Informationen stammen von direkt an diesen Aktionen Beteiligten.

Angesichts des zunehmenden Kriegsgeschreis befassen wir uns zudem mit der „Friedenspolitik“ der GroKo [...]. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an Karl Liebknechts alten und doch hochmodernen Satz: ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land‘.

[...] Mehr denn je sind wir auf Deine / Eure Unterstützung angewiesen. Denn nur wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt!“

Dem ist nicht viel hinzuzufügen, außer einem großen DANKE an alle, die mit ihrem Engagement das Erscheinen von *Avanti*² ermöglichen!

* [Alle Ausgaben von *Avanti*² können bei www.iso-4-rhein-neckar.de/ unter Publikationen gelesen oder heruntergeladen werden.] ■

Beilage zu *Avanti* Nr. 225
1. September 2014



RSB Rhein-Neckar

1914-1939-2014 – Kapitalismus, Krise(n) und Krieg(e)

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Sollten wir überrascht sein von dem anschwellenden Kriegsgeschrei? Wer lesen konnte und wollte, wusste seit einiger Zeit, was auf uns zukommt.

Nach der Niederlage der faschistischen Diktatur hat sich das deutsche Kapital zunächst eine wirtschaftliche und schließlich auch eine politische Führungsmacht auf internationaler Ebene zurückverleihen. Mit der militärischen Intervention in Libyen im Jahr 2011 ist der Übergang zum imperialistischen Vorkriegszustand in Europa, die 1914 und 1914/15 stattgefunden hat, ins dritte Aufstufungsgewand gekommen. Jetzt geht es den Herrschenden zunehmend um die internationale militärische Absicherung dieser Machtansprüche.

Die strategische Öffnung des neoliberalen Kapitalismus seit den 1970er Jahren löst sich mit wenigen Ausnahmen abseits von „Abkühlung“ und „Wahlprogrammen“, „Länder- und Agende 2030“ (2016), „Friedensdividenden“ und „Mittelstandskontrollen“, „Lohnüberwachung“ und „Fiskalisierung“, „Fiskalpolitik“ und „Bürokratisierung“. Ziel all dessen ist das Zurückdrängen und Zerstören sozialökologischer und demokratischer Rechte sowie die historische Schwächung der arbeitenden Klasse und ihrer Gewerkschaften.

Der globale Wirtschaftskrisis der herrschenden (1) Prozent wird zunehmend mehr mit der militärischen Kriegsführung verbunden. Wir erleben derzeit erneut eine Bestätigung des alten Satzes: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Carl von Clausewitz).

Die zunehmende militärische „Sicherung“ deutscher Einflussphären ist deshalb auch Bestandteil des Koalitionsvertrages.

Die GroKo hat sich – vornehmlich verhängend – dieser Art von Politik verschrieben. Als „unfallischer Partner in der Welt“ wird Deutschland in der politischen Logik des Koalitionsvertrages bekennt. Deutschland soll „auch seiner internationalen Verantwortung“ und will „die globale Ordnung aktiv mitgestalten“. Deshalb steht die GroKo nach „Berlin, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden“.

Was das heißt, sehen wir derzeit an den akribischen Belegungen (Ukraine und Irak / Syrien) sehr gut. Zudem finanzielle und logistische militärische Unterstützung, dann Waffenlieferungen und schließlich Kriegspolizei – paradies „Zweidritteljahr Missionen“ – der Bundeswehr. Das ist die „aktuelle“ Logik, die eine koordinierte Medienkampagne einbläuen. Seit der Minderheits-Sicherheitskonferenz im Frühjahr haben sich Feldzüge der GroKo, Dörmann-Licht, Agenda 2030-Strafverurteilung und andere Politiken unter deutscher Aufsicht bereits geäußert.

Im Koalitionsvertrag heißt es übrigens auch: „Dabei ist der Krisen- und Konfliktlösung, die Welt, stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktlösung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.“

Wie gesagt: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Es ist an der Zeit, durch eine außerparlamentarische Massenbewegung den Kriegspolizei Einhalt zu gebieten. Nicht nur in Deutschland, sondern international. ■

Geflügeltes Wort und Leses

mit dieser ersten Ausgabe einer örtlichen Beilage zur *Avanti* versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, einen konkreten Beitrag zur Unterstützung von Protest und Widerstand gegen die HERRschenden Verhältnisse zu leisten.
Wir berichten deshalb über betriebliche und gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Arbeitsplatzabbau, Tarifflicht, „Tarifeinheit“ und BR-Mobbing. Unsere Informationen stammen von direkt an diesen Aktionen Beteiligten.
Angesichts des zunehmenden Kriegsgeschreis befassen wir uns zudem mit der „Friedenspolitik“ der GroKo und dem „Kaiser des Terrores“. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an Karl Liebknechts alten und doch hochmodernen Satz: ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land‘.
Das uns sehr wichtige Thema Frauenbefreiung werden wir unabhängig leider erst in der nächsten Beilage wieder aufgreifen können.
Mehr denn je sind wir auf Deine / Eure Unterstützung angewiesen. Denn nur wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt!
Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre und uns allen eine gute Beteiligung an den aktuellen und dem kommenden Kampfen in diesem Herbst!
Eure Redaktionen

Inhalt

| | | | |
|----|---|---------------|---|
| 01 | Krieg: Der Hauptfeind steht im eigenen Land | 04 | Proteste in Süddeutschland: Wieso tritt dieser BR zurück? |
| 02 | Werra: Solikomittee / Tarifflicht? | 05 | Konferenz: Betriebsrat im Visier |
| 03 | BR-Mobbing: Der Fall Volkhard Kreuzhuber | 06 | Tarifflicht: Befreiung aktiver Gewerkschaften? |
| 04 | ASSTOM / GE: Ruhe vor dem Sturm? | INTERNATIONAL | |
| 05 | BR: Ruhe vor dem Sturm? | 07 | Irak / Syrien: Das Kalifen des Terrores |
| 06 | BR: Ruhe vor dem Sturm? | AUS DEM RSB | |
| 07 | BR: Ruhe vor dem Sturm? | 08 | Sommersemester 2014: Lebt die Werra auch? |

Titelblatt der ersten Ausgabe der *Avanti*², September 2014.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 10.09.2019, 19:00 Uhr, „Die Kämpfe der Landlosenbewegung in Brasilien“, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 12.09.2019, 19:30 Uhr, „Die Militarisierung der EU: Der (un)aufhaltsame Weg zur militärischen Großmacht“, ver.di-Haus LU, Kaiser-Wilhelm-Str. 7
- DO, 19.09.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 19.09.2019, 18:30 Uhr, „Asbest - die tödliche Wunderfaser“, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 20.09.2019, Internationaler Klimastreik
- SA, 21.09.2019, 13:30 Uhr, „Solidarität statt Ausbeutung - Wie kann das gelingen?“, ISO-Herbstseminar, MA
- DO, 26.09.2019, 19:00 Uhr, „Mit dem Elektroauto in die nächste Sackgasse?“, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 27.09.2019, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA

Vorschau

- SA, 19.10.2019, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

